

29. AUG. 1960



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0886890

E/XV/196 - 29. August 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	<u>45 Milliarden DM 1961</u> Haushaltsplan 1961 darf nicht durchgepeitscht werden! Von H.G. Ritzel, MdB	67
3 - 4	<u>Olympische Stimmung in Rom</u> Licht- und Schattenseiten Von unserer Korrespondentin in Rom, Franca Magnani	79
5 - 5a	<u>Merkwürdige Übereinstimmung</u> Von Brentano, Warschau und Paris	44
5a	<u>Josef Sebald +</u> Schwerer Verlust für Rosenheim	22
6	<u>Manövergeschäden</u> Bonner Gleichgültigkeit - Ärger in der Lüneburger Heide * * * * * *	32

29. August 1960

45 Milliarden DM für 1961

Haushaltsplan 1961 darf nicht durchgepeitscht werden!

Von H.G. Ritzel, MdB

Endlich hat das Bundeskabinett den Entwurf des Haushaltsplans für das Jahr 1961 (das Wahljahr!) verabschiedet. Der Entwurf muss nun im ersten Durchgang dem Bundesrat zugeleitet werden und dann erst kann ihn der Bundesfinanzminister im Bundestag einbringen. Die Schuld an dieser Verzögerung trifft nicht den Bundesfinanzminister. Es ist der zweite Haushaltsplan, der in diesem Jahr die parlamentarischen Körperschaften beschäftigt. Der laufende Haushalt gilt für das Rumpfrechnungsjahr 1960, das infolge der Umstellung vom Rechnungsjahr zum Kalenderjahr nur eine Dauer von neun Monaten (1.4. - 31. 12. 1960) besitzt, während der Haushalt 1961 erstmals für volle 12 Monate des Kalenderjahres 1961 gilt.

Der Bundesfinanzminister hatte nach zäher Ringen mit den einzelnen Ressortministern seinen Entwurf Ende Juni fertig. Er hätte ihn aufgrund einer Verständigung mit dem Bundesrat noch Ende Juni Anfang Juli einbringen können. Aber dann kamen aus dem Bundeskanzleramt Einwirkungen, die alle Termine über den Haufen warfen. Bei Beachtung der gesetzlichen Fristen hätte der Finanzminister dem Bundesrat spätestens am 1. Juli Vorlage machen müssen. Statt dessen wird er durch die Verzögerung der Kabinettsentscheidung erst fast volle zwei Monate später in den Stand versetzt, seine Aufgabe zu erfüllen. Der Ältestenrat des Bundestages versucht zu retten, was zu retten ist. Schon am 1. Juli hat er in weiser Voraussicht kommender Dinge den 28. September als Tag der Einbringung des Haushaltsentwurfs 1961 im Bundestag festgesetzt. Dann wird sich der Haushaltsausschuss in die Beratungen stürzen. Von ihm wird dann wiederum verlangt werden, die Beratungen möglichst summarisch vorzunehmen, statt einer gründlichen Beratung wiederum in kaum mehr als 6 Wochen einen Etat von dieser Grösse zur Plenarberatung vorzubereiten. Das würde erneut die Behandlung des Haushalts als Überrollungshaushalt bedeuten.

Diesem Verlangen muss schon jetzt entschieden widersprochen werden!

Eine gründliche Beratung aller Etatpositionen sowohl im Personenhaushalt als auch in den Sachtiteln ist bei einem solchen Milliardenhaushalt in dieser kurzen Zeit nicht möglich! Es hiesse das Parlament

entmachten, wollte es sich erneut auf dieses üble Spiel einer summarischen Beratung einlassen.

Der deutsche Steuerzahler hat ein Recht auf gründliche Behandlung eines solchen Riesenhaushaltes, denn er hat die Folgen jeder unverantwortlichen Oberflächlichkeit zu bezahlen.

Wenn damit der Termin der Verkündung des Haushalts zum 31. Dezember nicht eingehalten werden kann, dann ist es die Schuld der Regierung und nicht des Parlaments! Der Bundeskanzler hat den Interessentenwünschen und gewissen Einflüsterungen sein Ohr geliehen, er hat die Einbringung des Haushaltsentwurfs verzögert. Was sich der Finanzminister gefallen lassen mußte, darf sich der Bundestag nicht gefallen lassen! Es ist seine Pflicht und sein Recht, eine gründliche und gewissenhafte Überprüfung besonders der Etatpositionen vorzunehmen, die Ursache und Inhalt der Verzögerungen geworden sind.

In der deutschen Öffentlichkeit haben selbst geschickte Leute das Märchen von den hohen Ausgabewünschen des Parlaments verbreitet und gerahmt, der Bundestag möge seine Forderungen an den Finanzminister zurückschrauben. Es passt der Regierung ins Konzept, dieses Märchen weiterzuverbreiten. Umso notwendiger ist es, das Schwergewicht der wirklichen Verantwortung herauszustellen. Beim Haushalt 1960 war es die Regierung, die es bewusst unterlassen hatte, notwendige Ausgaben wie die Erhöhung der Kriegspferrenten und die Neuregelung der Besoldung der Beamten vorzusehen. Sie überliess diese Aufgabe dem Bundestag und schob ihm damit den schwarzen Peter zu. Beim Haushalt 1961 verzögert die Regierung die Vorlage in gesetzwidriger Weise, um eine Durchpeitschung der von ihr gewollten Ansätze durchzusetzen und den Bundestag unter Zeitdruck zu setzen.

Es ist anzunehmen, dass die CDU-Mehrheit des Bundestages unter der Fuchtel des Kanzlers auch diesmal versuchen wird, seinen Willen durchzusetzen und eine wirkliche und gründliche Etatberatung zu verhindern. Eine solche Verhinderung liegt schon vor, wenn wiederum ein Überrollungshaushalt durchgesetzt werden soll. Es ist die Pflicht des Haushaltsausschusses, diesem Versuch zu widerstehen und eine wirkliche Haushaltsberatung - gerade im Wahljahr - zu sichern. Schon heute steht fest, daß der Regierungsentwurf erhebliche Abstriche erlaubt. Diese dürfen nicht dem Fallbeil eines unverantwortlichen Tempos zum Opfer fallen.

Olympische Stimmung in Rom

Von unserer Korrespondentin in Rom, Franca Magnani

Bis zur feierlichen Übergabe der olympischen Fackel an den Bürgermeister Roms hat die Stadtbevölkerung beinahe teilnahmslos den Vorbereitungen zum grossen sportlichen Ereignis beigewohnt. Die Römer waren vor allem missgestimmt über die grossen Unannehmlichkeiten, welche die Organisation der olympischen Spiele ihnen verursacht hatten. Man denke bloss an den chaotischen Verkehr! Selbst Römer, die ihre Stadt wie Taxichauffeure kennen, haben es heute schwer, sich aus dem Fahrverbot-Labyrinth einen Weg ins Freie zu bahnen. 40 Milliarden Lire hat dem Staat das "Olympische Rom" gekostet; eine Summe, welche die Römer nachdenklich stimmt. Es steht der Stadt kein geschlossenes Olympia-Stadion zur Verfügung, in dem man sämtliche Wettbewerbe hätte abhalten können; so mussten breite Umgebungsstrassen, Brücken und Unterführungen gebaut werden, um den Verkehr von einem Ende der Stadt zum anderen (denn so weit sind die beiden Olympia-Zentren voneinander entfernt!) überhaupt zu ermöglichen. Sportpaläste, neue Stadien, grosse, moderne Schwimm-Bassins, ein sog. olympisches Dorf, und noch vieles mehr musste gebaut werden. 40 Milliarden Lire sind viel Geld, auch wenn einige unter den Organisatoren der Spiele optimistisch genug sind zu hoffen, 30 Milliarden könnten "zurückverdient" werden.

Die mit den olympischen Spielen für die Römer verbundenen Unannehmlichkeiten, sowie Erwägungen finanzieller Art, hatten dazu beigetragen, daß die Stadtbevölkerung mehr mit Neugierde als mit Begeisterung diesem Ereignis entgegenseh. Die grossen Bau-Spekulationen, die plötzliche Teuerung von Bauplätzen, die kurze Zeit vor der Bestimmung Roms als Sitz der XVII. Olympiade völlig entwertet waren, das alles hatte die öffentliche Meinung irgendwie verärgert.

Erst als die olympische Fackel im suggestiven Rahmen des hellbeleuchteten Kapitols ihren offiziellen Einzug in die Ewige Stadt hielt, da begannen sich die Römer für die Olympiade zu erwärmen. Die Zustimmung unter den Zaungäster, in der Überwiegenden Mehrheit dem "popolino" - d. h. den "kleinen Volk"-angehörige Menschen, hatte allerdings nichts Feierliches an sich. Die Römer haben es verstanden, dieses Ereignis in ein wahres Volksfest zu verwandeln. Es lag etwas Fröhliches, Freudiges in der Luft, das optimistisch stimmte.

Rom erweckte bis zur offiziellen Eröffnung der Spiele durch den Präsidenten Gronchi umso mehr den Eindruck eines internationalen Volksfestes als bisher, mehr aus bescheidenen Verhältnissen stammende Fremde als reiche oder wohlhabende Touristen nach Rom gezogen sind. Sie verleihen der Stadt etwas "Populäres". Dieser Eindruck wird auch von den Inhabern der eleganten Bars, Hotels und Läden bestätigt; diese haben vorderhand mit den Vorbereitungen der Olympiade noch gar nicht die Geschäfte gemacht, die sie eröffneten. Sehr viele Touristen ziehen es vor, in Zelten anstatt in Hotels zu übernachten, in preiswerten Trattorien anstatt in bekannten Restaurants zu essen. Viele unter ihnen können in Klöstern und Häusern religiöser Genossenschaften für wenig Geld Unterkunft finden. Der Vatikan hat sich in den Vorbereitungen zur Olympiade als sehr aktiver Organisator erwiesen. Der von Papst Johannes XXIII. an die Sportler in aller Welt erteilte Segen auf dem bis zur Unvorstellbaren mit Menschen gefüllten St. Petersplatz bot auch ein höchst suggestives Schauspiel.

Die aus allen Erdteilen herbeigeströmten Sportler bleiben oft sprachlos vor der spektakulären Schönheit der Stadt mit ihren antiken Mauern, Basiliken, Ruinen. Rom ist mit seinen mittelalterlichen Palazzi, die zwischen ärmlichen Häusern und kleinen Läden stehen, eine eigenartige Mischung von tiefstem Elend und wahrer Grösse. Es gab einst Fremde - und es gibt sie gewiss heute noch - die behaupten, die Grösse Roms bleibe einfach und das Elend edel. Es ist allerdings fraglich, ob diejenigen, die heute noch - nach der grandiosen Entstehung des "olympischen Roms" - an der Peripherie der Stadt in notdürftigen Baracken leben, ihr Elend als "edel" empfinden. Obschon beim Bau der riesigen Anlagen die sportlichen Funktionen nicht allein massgebend waren, sondern auch bis zu einem gewissen Punkt andere Erwägungen berücksichtigt wurden, empfindet es ein grosser Teil der italienischen Bevölkerung als bedauerlich, daß nicht ein Teil der hohen Summe, die für die XVII Olympiade ausgegeben wurde nicht dem Verschwinden der armseligen Behausungen in den Vororten der Ewigen Stadt gewidmet worden sind.

Doch seit der offiziellen Eröffnung der XVII Olympiade hat sich der Römer plötzlich des Gefühls ermächtigt, in einem Schaufenster zu sitzen und den kritischen Blick von 87 Nationen ausgesetzt zu sein. Vielleicht haben sie deshalb das Wunder der organisatorischen Ordnung vollbracht; denn das Bild, das die Eröffnung im 100 000 Zuschauer enthaltenden Stadion bot, ist wirklich als ein Meisterstück der Regie zu bezeichnen. Dies alles ist umso mehr lobenswert, als die römische Masse höchst undiszipliniert und gegen alle Befehle und alle Ordnung irgendwie allergisch ist. So weicht langsam die skeptische Teilnahmslosigkeit gegenüber der Olympiade aus der Herzen der Römer. Die Schattenseiten dieses grossen sportlichen Ereignisses weichen vorläufig zurück. Das Gefühl der "fare bella figura" nimmt die Oberhand, d.h. in den Augen der Ausländer, diese Probe mit Ehren zu bestehen. Die unvergleichliche Schönheit des Rahmens, in welchem sich die XVII Olympiade abspielt, bildet die denkbar beste Verbindung zwischen der antiken und der modernen Welt, sie wird in sehr hohem Masse zum Erfolg dieser olympischen Spiele beitragen.

Merkwürdige Übereinstimmung

sp - Ein wohl einzigartiger Fall: der Außenminister der Bundesrepublik von Brentano, die Warschauer Regierung und der französische Staatschef de Gaulle stimmen in einer so bedeutungsvollen Frage wie die der Oder-Neisse-Grenze überein. Vor seinem Abflug nach Brasilien hat von Brentano noch einmal die "positive Haltung Frankreichs" in dieser Frage hervorgehoben. - Die polnische Regierung liess vor einigen Wochen bei sämtlichen Mitgliedern der NATO anfragen, wie sie zur gegenwärtigen deutsch-polnischen Grenzziehung stehen und ob sie die Bundesrepublik in ihrem sich auf das Potsdamer Abkommen gründenden Anspruch unterstützen, die endgültige Grenzregelung einem mit einer gesamtdeutschen Regierung zu vereinbarenden Friedensvertrag zu überlassen. Das war ein durchsichtiger Versuch, die Bundesgenossen Westdeutschlands auf die Unterstützung der territorialen Forderungen eines Ostblockstaates festzulegen. Die Antworten der Vereinigten Staaten und Grossbritanniens waren vom Geiste der Fairness und der Gerechtigkeit bestimmt. So hiess es in der amerikanischen Antwort:

"Eine ganz offensichtliche Voraussetzung für die Friedensregelung, die die Interessen aller Beteiligten berücksichtigen soll, ist die Wiedererrichtung einer repräsentativen und verantwortlichen deutschen Regierung, die in der Lage ist, im Namen des gesamten deutschen Volkes über einen Friedensvertrag zu verhandeln sowie ihn abzuschliessen und auch die Erfüllung eines solchen Vertrages zu gewährleisten".

Diese Worte schliessen keine Anerkennung der von Ulbricht mit Warschau getroffenen "Regelung" der deutschen Ostgrenze ein; sie geben Raum für eine gerechte Lösung. Die deutsche Öffentlichkeit nahm dies mit Befriedigung zur Kenntnis. Wie ist aber der Standpunkt Frankreichs? Vorhergehende Erklärungen de Gaulles haben sich auf die Unterstützung des polnischen Anspruches auf die Oder-Neisse-Grenze festgelegt. So nimmt es nicht wunder, wenn die polnische Regierung in ihrer Reaktion auf die westlichen Antworten die Haltung Frankreichs als zu ihren Gunsten sprechend hervorhob und dem französischen

Staatschef ein besonderes Lob dafür erteilte. Nach der Interpretation, die unser Außenminister von Breznev gab, hat Warschau aber Frankreich offensichtlich missverstanden. Wer hat nun recht? Bissig bemerkte vor einigen Tagen "Le Monde", es gehöre nicht zu den Gepflogenheiten de Gaulles, "deutsche Minister damit zu beauftragen, eine Politik darzulegen, die sowohl unsere polnischen Freunde als auch unsere deutschen Verbündeten betrifft". Das Außenministerium würde aus dem Zwielicht herauskommen, liesse es den Text der französischen Antwort veröffentlichen, statt sich auf beschwichtigende Erklärungen zu beschränken. Die deutsche Öffentlichkeit wüßte dann, woran sie ist.

+ + +

Josef Sebald †

SP-Nach langer schwerer Krankheit ist am Sonnabend der Rosenheimer Oberbürgermeister Josef Sebald im 55. Lebensjahre verstorben. - Schon in jungen Jahren trat der in Aubing geborene aufgeweckte Arbeitersohn der Sozialistischen Arbeiterjugend bei und war später als Funktionär der SPD und seit 1925 des Reichsbanners bis zum Jahre 1933 unermüdlich tätig. Sein entschlossenes Eintreten gegen die braunen Machthaber zwang ihn, nach Österreich zu fliehen. Nach seiner Rückkehr in die Heimat wurde er zweimal für längere Zeit im Konzentrationslager Dachau inhaftiert. Im Jahre 1945 wurde Josef Sebald zum kommissarischen Stadtrat in Rosenheim bestellt. Von 1950 bis 1958 gehörte der Verstorbene der SPD-Fraktion des bayerischen Landtages an. 1958 wählte ihn die Bevölkerung der Stadt Rosenheim mit über 50 Prozent aller Stimmen zu ihrem Stadtoberhaupt. Rosenheim verliert mit seinem Oberbürgermeister einen Mann, dessen tatkräftiger Einsatz besonders der Hilfe für die Bedürftigen galt. In seine Amtsperiode fällt besonders die Förderung des sozialen Wohnungsbaus und die Initiative für andere grosse kommunale Vorhaben; seiner Initiative verdankt die Stadt die Errichtung einer grossen Industriearbeitersiedlung. Oberbürgermeister Josef Sebald gehörte zu den namhaften Politikern der SPD in Oberbayern, der sich nicht nur bei seinen Freunden, sondern auch in weitesten Bevölkerungskreisen grosser Beliebtheit erfreute.

+ + +

Manöverschäden

sp - Die Norddeutschen sind langmütige Menschen, und zumal die "Heidjer", die zwischen Lüneburg, Soltau und Celle zu Hause sind, bringt man nicht leicht aus der Ruhe. Wer freilich jahrelang an ihren Nerven reißt, riskiert, daß die Bewohner der Lüneburger Heide um so nachhaltiger in Rage kommen. Genau diese Situation scheint nun nahe.

Seit Jahren ist das Gebiet der Lüneburger Heide ein riesiger Truppenübungsplatz. Seit Jahren wird dort geschossen, gefahren und marschiert. Seit Jahren gibt es Schäden in Wäldern und auf bebauten Feldern, in Ortschaften und selbst auf Friedhöfen, und keine Bitten und keine Proteste der anwohnenden Bevölkerung haben bisher an diesem Übelstand etwas zu ändern vermocht.

Das Manöverrecht für die Briten und Kanadier, die in der Heide über, geht bislang noch auf Besatzungsrecht zurück und soll - wenn der im letzten Sommer paraphierte und seither mysteriöserweise im Auswärtigen Amt schlummernde Vertrag endlich an das Parlament gegeben wird - durch neue Bestimmungen abgelöst werden. Freilich, auch diese Bestimmungen werden nicht viel ändern; die Bundesregierung hat sich nämlich nicht dazu verstehen können, auf wirklich einschneidende Verbesserungen des Manöverrechts zu Gunsten der Heidebewohner zu drängen.

Die Problematik, die sich mit diesen Dingen verbindet, ist alt. Immer neu aber ist der Ärger, den es in der Heide gibt, in der tausende von Menschen so etwas wie einen permanenten Nervenkrieg erleben und in der andere vergebens die Ruhe der Erholung suchen. Angesichts dieser Situation muß man die Bundesregierung dringend ersuchen, den Menschen in der Lüneburger Heide endlich ihr Recht zu geben. Es gibt keinen plausiblen Grund dafür, daß in der Lüneburger Heide - notabene einem der größten geschlossenen Erholungsgebiete Norddeutschlands - alles bleiben muß, wie es bisher war. Es hat mehr als genug unerfreuliche Spannungen zwischen Deutschen und ausländischen Truppen gegeben - es sollte endlich ein neuer Anfang gesucht werden. Er ist möglich, wenn die Bundesregierung den Willen hat, ihn zu schaffen.

+ + +

Verantwortlich: I. V. Albert Axler